



WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG POLITISCHE REFORMEN DIE GEISELNAHME IN BESLAN

■ ANALYSE	
Ist das Wachstum Russlands stabil?	
Hermann Clement, München	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung	5
■ KOMMENTAR	
Putins jüngste Reformen. Margareta Mommsen, München	8
■ PRESSESTIMMEN	
Zu Putins politischen Reformplänen	9
■ HINTERGRUND	
Putins Personalkarussell. Kosak und Jakowlew im Portait. Hans-Henning Schröder, Bremen	11
■ DOKUMENTATION	
Die Blaupause der „September-Revolution“	14
■ DOKUMENTATION	
Bericht der OSZE zur Medienberichterstattung über die Beslan-Tragödie	15
■ PRESSESTIMMEN	
Zum tschetschenischen Terrorismus	15
■ CHRONIK	
Vom 8. bis zum 16. September 2004	18

Analyse

Ist das Wachstum Russlands stabil?

Hermann Clement, Osteuropa-Institut, München

Zusammenfassung

Die gravierende Transformationskrise der russischen Wirtschaft in den 90er Jahren mit einem statistischen Rückgang des BIP um fast die Hälfte fand enorme öffentliche Aufmerksamkeit auch in Deutschland. Dass sich die russische Wirtschaft seit 1997, kurzfristig unterbrochen durch die Rubelkrise 1998, wieder auf einem beeindruckenden Wachstumspfad befindet, wird aber eher ungläubig und wenig registriert. In den letzten fünf Jahren betrug der Zuwachs des BIP immerhin 38%. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten gerechnet stieg von 5.460 Euro 1999 auf 7.890 Euro 2003. Die Reallöhne nahmen in diesem Zeitraum um 86% zu. 2003 wurden statistisch wieder vier Fünftel der Wirtschaftsleistung von 1989 erreicht bei gleichzeitig starker struktureller Verbesserung des BIP. Die Dynamik setzt sich auch 2004 mit einem erwarteten Zuwachs von 7% fort.

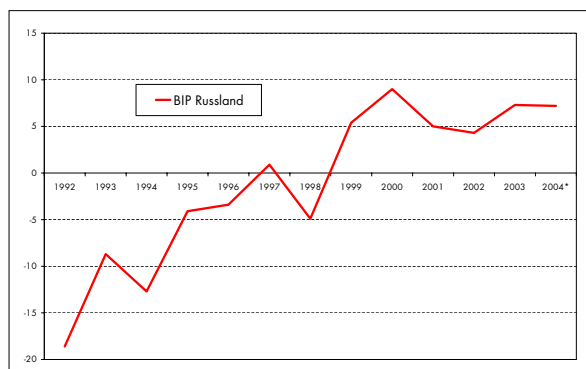
Struktur des Wachstums

Auf der Angebotsseite waren am Wachstum seit 1999 vor allem die Dienstleistungen, mit Schwerpunkt beim Handel, beteiligt. Ihr Anteil am BIP erhöht sich seit 2000 wieder deutlich. Demgegenüber sank der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes. Während die Bauwirtschaft deutlich zulegte, konnte die Industrie ihren BIP-Anteil nicht halten. Die Landwirtschaft erholt sich, erreicht aber nicht die Dynamik wie die Industrie, da die Viehwirtschaft noch mit Problemen kämpft.

Nachfrageseitig wurde das Wachstum entgegen vieler anderer Interpretationen nicht nur vom Export getragen. Die Investitionen sind, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus, seit 1999 um nicht weniger als 60% gestiegen. Die Investitionsschwäche von 2002, die zu vielen Spekulationen Anlass bot, hat sich als Eintagsfliege erwiesen. Die starke Steigerung der Investitionen ist notwendig weil der Kapitalstock enorm veraltet und die Investitionsquote stark gesunken war. Noch nicht befriedigen kann die Investitionsstruktur. Bisher floss der größte Teil der Investitionen in den rentablen Energiebereich, da angesichts des noch unterentwickelten Bankenwesens die Selbstfinanzierung weiterhin eine der wichtigsten Finanzierungsarten in Russland ist. Dringend sind aber vor allem Infrastrukturinvestitionen und Investitionen in das verarbeitende Gewerbe. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese nun auch tatsächlich beginnen.

Die Exporte haben sich mit einem Zuwachs von real über 45% ebenfalls überdurchschnittlich entwickelt. Da der Importzuwachs geringer war, ergab sich ein positiver Außenbeitrag, der in den letzten drei Jahren durch den starken Importanstieg aber sank. Die Wachstumsimpulse der realen Außenwirtschaftsentwicklung hielten sich daher in Grenzen.

Der private Konsum ist über die gesamte Zeit zwar unterdurchschnittlich gewachsen, seit 2001 liegt seine Zunahme aber deutlich über dem BIP. Er hat damit den Außenbeitrag als Wachstumsträger abgelöst. Demgegenüber bremste der Staatskonsum das Wachstum. Er nahm im Gesamtzeitraum nur um 8% zu.



Ursachen des Wachstums

Über die Ursachen des beginnenden starken Wachstums gab es eine intensive Debatte in Russland und unter den westlichen Beobachtern. Vielfach wurde das Einschwenken auf den Wachstumspfad ausschließlich den steigenden Energiepreisen zugeschrieben. Dies ist jedoch nicht richtig. Drei Komponenten sind für die Entwicklung verantwortlich.

Das positive Wachstum setzte zum ersten Mal 1997 ein als die Energiepreise sanken. Dies zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt die Transformationskrise zu Ende ging und die Reformen erste positive Wirkungen zeigten. Die Rubelkrise, die das positive Wachstum kurzfristig unterbrach, schuf dann die Grundlage dafür, dass die

russischen Betriebe auf dem heimatischen Markt wieder konkurrenzfähig wurden. Der massive Importrückgang 1998 und 1999 und der Anstieg heimischer Produkte am Einzelhandel machen dies deutlich. Es kam zu einem hohen Handelsbilanzüberschuss. Aufgrund des eingeschränkten Exportsortiments und der noch immer nicht ausreichenden Konkurrenzfähigkeit vieler russischer Produkte auf dem Weltmarkt konnten dagegen die Exporte von der starken Abwertung zumindest kurzfristig wenig profitieren.

Ab Mitte 1999 trugen dann die steigenden Energiepreise auf dem Weltmarkt dazu bei, dass der Wachstumspfad noch steiler verlief. Die erheblichen Profite führten über höhere Steuereinnahmen zu einer massiven Verbesserung des Staatshaushalts. Der Staat und die Firmen tilgten zunehmend ihre ausstehenden Zahlungen – auch von Gehältern. Bartergeschäfte wurden zurück gedrängt, die Wirtschaftsprozesse gestalteten sich rationaler und die Einkommen stiegen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich, was die private Nachfrage deutlich stärkte. Von 2000 bis 2003 blieben die Energie Preise mit Schwankungen dann aber weitgehend konstant. Erst 2004 kam es erneut zu einer Steigerung.

Die günstige Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise verstärkten aber noch die Energie- und Rohstofflastigkeit der russischen Wirtschaft. Erst in letzter Zeit gibt es Anzeichen dafür, dass sich die Wachstumsbasis endlich verbreitert. Der steigende Binnenkonsum und die zunehmenden Investitionen bilden dafür die Basis.

Kann das BIP in 10 Jahren verdoppelt werden?

Das von der russischen Führung vorgegebene Ziel, das BIP in zehn Jahren zu verdoppeln ist trotzdem äußerst ambitiös und in der modernen Geschichte bisher nur von wenigen Ländern unter besonderen Voraussetzungen erreicht worden. Es würde bedeuten, dass die russische Wirtschaft jedes Jahre über 7% wachsen müsste. Auch wenn dieser Wert in diesem Jahr wohl erreicht wird, geht unsere Schätzung für das mittelfristige Wachstum für Russland von etwa 5% aus. Selbst dabei ist die Frage zu stellen, ob die Voraussetzungen für ein solches stabiles Wachstum in Russland schon gegeben sind. Können kleinere Schocks wie in den letzten fünf Jahren das Wachstum wieder gefährden und gibt es Anzeichen oder Entwicklungen, die solche Schocks derzeit erwarten lassen? Zu diesen könnten eine erneuten Finanzkrise, ein starker Rückgang der Weltenergiepreise oder politische bzw. wirtschaftspolitische Instabilität zählen.

Ist eine erneute Finanzkrise möglich?

Die Finanzkrise 1998 hatte ihre Ursache in einem hohen Staatsdefizit, das bei festem Wechselkurs zum großen Teil durch kurzfristige hochverzinsliche Staatsanleihen finanziert wurde. Vom Staatshaushalt ist derzeit keine negative Wirkung auf den Wechselkurs zu erwarten. Die staatliche Verschuldung wurde gesenkt. Bis Ende 2004 soll sie auf unter 30% des BIP sinken. In den nächsten Jahren ist ein weiterer Abbau vorgesehen und möglich. Dies ist eine relativ geringe Quote, angesichts der noch nicht ganz stabilisierten Steuereinnahmen aber ein wichtiges vertrauensbildendes Element. Auch der eingerichtete Stabilisierungsfonds, der bereits Ende 2004 den angepeilte Umfang von fast 17 Mrd. USD erreichen wird, dient der kurzfristigen Abfederung von Einnahmeausfällen aus Energielieferungen und damit der Vertrauensbildung. Zudem hat sich die Struktur der Schulden stark verbessert. Diese Werte zeigen, dass der russische Staat auch bei einem geringeren Wachstum kurzfristig keine Zahlungsprobleme haben dürfte und damit keinen Anlass für eine Währungskrise wie 1998 bietet.

Auch vom Devisenmarkt sind größere Störungen nicht zu erwarten. Zwar sinken die gesamten russischen Auslandsschulden nicht, da private Unternehmen sich zusätzlich im Ausland verschulden. Angesichts der inzwischen auf fast 90 Mrd. USD angestiegenen Währungsreserven und eines nicht mehr fixen Wechselkurses sind Spekulationswellen aber eher unwahrscheinlich. Die Devisenreserven sind trotz der neuerdings wieder steigenden Kapitalflucht gewachsen und der Schuldendienst wird problemlos geleistet. Die tendenzielle reale Aufwertung des Rubels ist allerdings eine Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der russischen Wirtschaft im Inland und Ausland. Die Zentralbank steht hier vor einer äußerst schwierigen Aufgabe.

Trotz der immer noch bestehenden Mängel in der Struktur des Bankensektors zeigt die Überwindung der Irritationen Mitte des Jahres und das Verhalten der Zentralbank, dass in diesem Sektor ebenfalls eine zunehmende Stabilität zu verzeichnen ist. Die Statistik gibt auch Hinweise darauf, dass die Banken in zunehmendem Maße die Wirtschaft kreditieren, was den Investitionsprozess stärken wird. Zu erwarten ist aber ein weiterer Konsolidierungsprozess im russischen Bankwesen, bei dem noch eine ganze Anzahl von Banken aus dem Markt ausscheiden wird.

Wie stark ist der Einfluss der Rohstoffpreise

Die internationalen Rohstoffpreise beeinflussen das Wachstum Russlands ohne Zweifel erheblich. Fast zwei Prozentpunkte des durchschnittlichen Wachs-

tums der letzten Jahre werden den hohen Rohstoff- und Energiepreisen zugeschrieben. 20% des BIP, bis zu 40% der Staatshaushaltseinnahmen und etwa 60% der Exporte gehen auf das Konto des Energie- und Rohstoffsektors. Einerseits trägt dies zu dem bereits angeführten realen Aufwertungs- und Inflationsdruck bei, andererseits hat sich dadurch das Standing Russlands auf den Kapitalmärkten aber auch wieder rapide verbessert. Die Ratings wurden angehoben und die Umlaufrenditen für russische Papiere sind stark gesunken. Russland kann auf den internationalen Kapitalmärkten wieder aktiv werden.

Die negativen Seiten der hohen Rohstoffgewinne dürfen aber nicht übersehen werden. Die Abhängigkeit sowohl der Zahlungsbilanz als auch des Staatshaushalts von den Energiepreisen macht Russland anfällig für Preisschwankungen. Auch ist die Gefahr einer „Dutch Disease“ nicht ausgeschlossen. (Siehe dazu den Kasten auf dieser Seite.) Die enormen Summen, die in der Energie- und Rohstoffwirtschaft bewegt werden, sind zudem eine wesentliche Quelle für Korruption und Kapitalflucht, wie viele Studien über Staaten mit ähnlichen Strukturen zeigen. Korruption führt aber, wie die Weltbank in ihren letzten Studien deutlich nachgewiesen hat, zu einer Verminderung des Wachstums.

Weitere Reformen notwendig

Die Rohstoff und Energieabhängigkeit macht also deutlich, dass Russland bei der immer wieder verkündeten Diversifizierungspolitik Erfolge erzielen muss. Es muss eine ausgewogenere, konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur aufgebaut werden, ohne die Energie- und Rohstoffwirtschaft, die noch lange das Rückgrat der russischen Wirtschaft sein wird, zu vernachlässigen.

Daher kommt den Strukturreformen, die die Konkurrenz fördern, Monopole auflösen bzw. verhindern und ein investitionsfreundliches Klima für alle Bereiche der Wirtschaft und für Auslandskapital schaffen, eine zentrale Rolle zu. Neben den bereits durchgeführten Maßnahmen muss u.a. ein leichter Marktzugang und ein funktionsfähiges Konkurswesen etabliert sowie der Bankensektor gestärkt werden, damit er seine Funktion als Intermediär voll erfüllen und die Investitionsprozesse unterstützen kann. Die Reform der Steuerpolitik ist abzuschließen und die Transparenz sowie die Berechenbarkeit bei der Steuererhebung und der Finanzverwal-

tung zu erhöhen.

Entscheidend wird sein, dass die Korruption wirkungsvoll bekämpft und die Rechtssicherheit in allen Bereichen verbessert wird. Zudem muss die russische Wirtschaft auch außerhalb der Rüstungsindustrie wieder forschungsintensiver werden. In einigen Bereichen sind bereits gute Fortschritte erkennbar.

Die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit in allen Bereichen auch im Steuersystem ist ein wichtiges Element für das Vertrauen in die Rahmenbedingungen einer Wirtschaft. Die Investitionsentscheidungen hängen davon in hohem Maße ab. Russland hat hier noch erhebliche Leistungen zu erbringen. Ein Beispiel dafür ist die Jukos-Affäre. Grundsätzlich muss der Staat dafür sorgen, dass die Gesetze eingehalten werden, das gilt auch für die Steuergesetze. Unter diesem Gesichtspunkt ist gegen das Verfahren gegen Jukos nichts einzuwenden.

Fatal ist nur, dass bei den meisten Beobachtern der Eindruck erweckt wird, dass aufgrund verfahrensfremder Erwägungen der Gleichheitsgrundsatz verletzt werde und bei der Durchsetzung der Urteile das Prinzip der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt sei. Kurzfristig bestand der Eindruck, dass die Investoren sich davon noch nicht beeinflussen lassen werden, inzwischen sind aber negative Auswirkungen nicht mehr zu übersehen.

Die Kapitalflucht steigt wieder stark an, ausländische Investoren sind verunsichert und an der Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen in Russland kommen Zweifel auf.

Für das weitere Wirtschaftsklima und -wachstum wird daher ganz entscheidend sein, dass dieser Eindruck widerlegt wird und die erreichte politische und wirtschaftspolitische Stabilität und Zielgerichtetheit wieder erkennbar wird, die zu dem Erfolg der letzten Jahre beitrug. Nur dann ist das notwendige Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und die Stabilität der Wirtschaft erreichbar, das Voraussetzung für das oben prognostizierte stabile Wachstum ist. Wie fragil die Situation noch ist, zeigten die Reaktion auf die Jukos-Affäre und die im Juli verbreiteten Gerüchte über Zahlungsunfähigkeiten von Banken, die zu starken Mittelabflüssen führten. Eine Krise konnte aber durch rechtzeitig eingeleitete, gezielte Maßnahmen der Zentralbank weitgehend vermieden werden, was ein

Dutch Disease

Das Phänomen wurde erstmals nach der Entdeckung der Nordseegasvorkommen für die Niederlande beschrieben. Bei einem starken Anstieg der Rohstoffexporte eines Landes, wie in Folge von Erdöl- oder Erdgasfunden, entsteht ein Aufwertungsdruck für die nationale Währung. Der hohe Wechselkurs verringert die internationale Konkurrenzfähigkeit aller anderen Zweige der Volkswirtschaft, wodurch deren Importe steigen und die Exporte sinken. Der Energiesektor wächst damit zu Lasten der anderen Wirtschaftszweige, deren Wachstum zurückbleibt.

hoffnungsvolles Zeichen ist.

Werden die Reformen wieder zügig fortgesetzt und die Irritationen der letzten Zeit beseitigt, wofür es durchaus Anzeichen gibt, so könnte unsere mittelfristige Wachstumsprognose von 5% eventuell überschritten

werden. Ein mittelfristiges Wachstum von 9% wie es Andrej Illiarionow, der Wirtschaftsberater Putins zuletzt forderte, scheint aber eher Wunschdenken zu sein.

Redaktion: Heiko Pleines

Angaben zum Autoren

Dr. Hermann Clement ist stellvertretender Direktor des Osteuropa-Instituts München.

Lesetipps

Hermann Clement: Wirtschaftswachstum in Russland und der Ukraine, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München (Working Papers) Nr. 250 (Januar 2004), 143 S., ISBN 3-921396-90-5.

Im Internet veröffentlicht unter: <http://www.lrz-muenchen.de/~oeim/wp.htm>

Tabellen und Grafiken zum Text

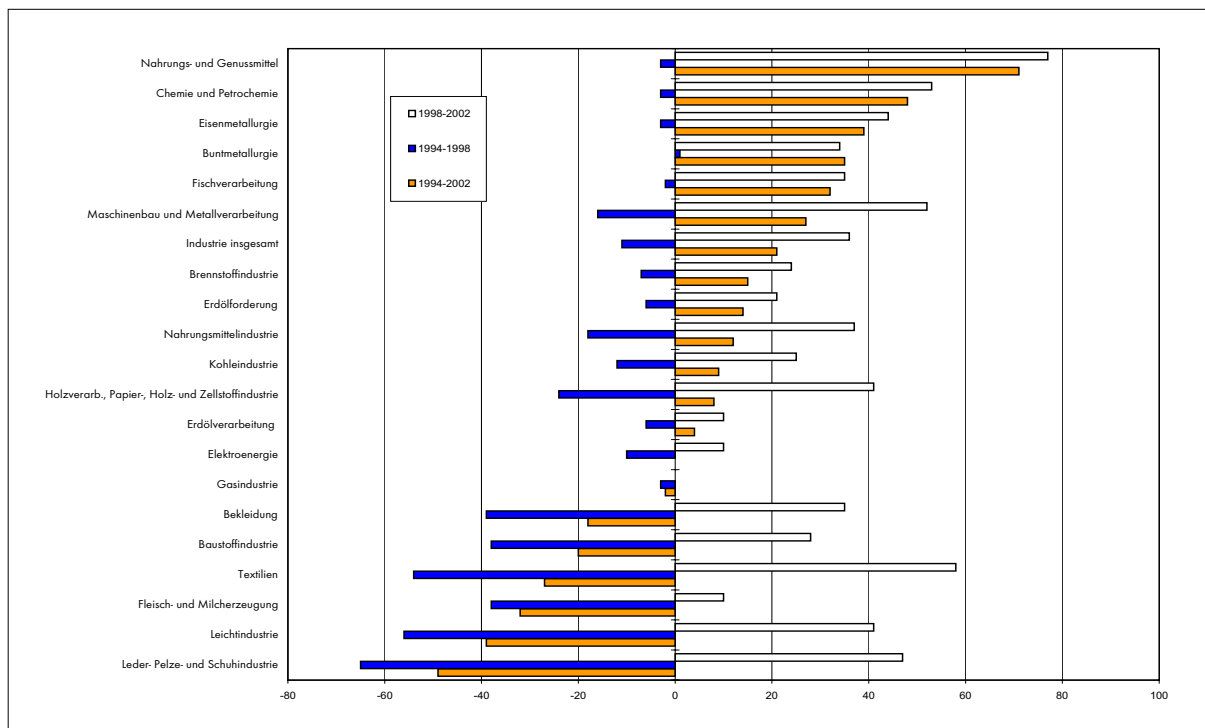
Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung

Zentrale Kennzahlen zu Wirtschaft und sozialer Lage 1993 – 2004

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1. Hj. 2004
BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 8,7	-12,6	- 4,2	- 3,6	1,4	-5,3	6,4	10,0	5,1	4,2	7,3	7,9
Industrieproduktion (Veränderung zum Vorjahr in %)	-14,2	-20,9	-3,3	-4,5	2,0	-5,2	11,0	11,9	4,9	3,7	7,0	7,4
Inflationsrate (Verbraucherpreise, in %)	842	224	131	22	11	84	37	20	19	15	12	11
Außenhandelsbilanz (in Mrd. US-\$)	k.A.	10,7	10,0	10,8	-0,1	0,2	24,6	46,8	35,0	32,8	39,1	36,0
Staatshaushaltsbilanz (in %)	-6,5	-11,4	-5,4	-8,4	-7,1	-5,9	-1,4	1,2	2,9	1,4	2,6	4,7
Arbeitslosenquote (in %, ILO-Methodik)	5,5	7,5	8,2	9,3	9,0	11,8	11,7	10,2	9,0	7,1	8,9	7,9
Monatlicher Durchschnittslohn (in US-Dollar)	113	100	104	154	164	108	62	79	111	142	180	230

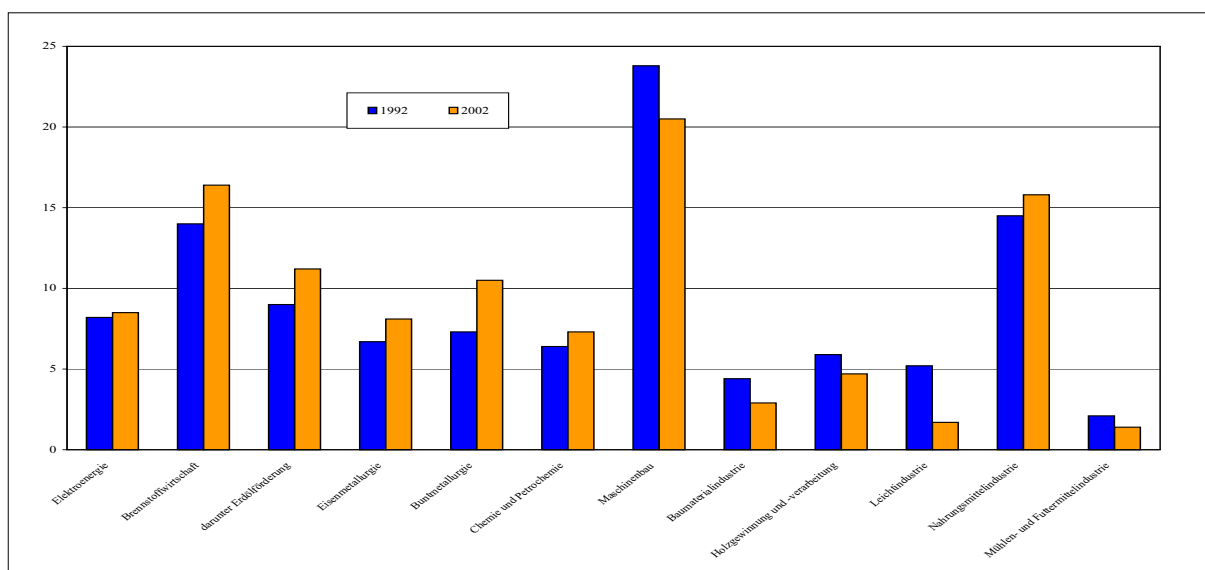
Quelle: Osteuropa-Institut München; Bank of Finland Institute for Economics in Transition <www.bof.fi/bofit>

Industriezuwachs (1994–2002, 1994–1998, 1998–2002) in %



Quelle: „Rossijski statističeski esbegodnik 2001“, Goskomstat Rossii, ofizialnoe isdanie 2001, Moskva 2001, S. 337; „Rossijski statističeski esbegodnik 2002“, Goskomstat Rossii, ofizialnoe isdanie 2002, Moskau 2002, S. 343; Goskomstat Rossii, *Russia in Figures 2003*, S. 179; eigene Berechnungen Osteuropa-Institut München.

Industriestruktur (in %, Preise von 1999)



Quelle: „Rossija v zifrach“, Goskomstat Rossii, Moskau 2003, S. 178.

Entwicklung der Spar- und Investitionsquote in % des BIP, laufende Preise

	1991	1995	1998	2000	2001	2002	2003
BIP	100	100	100	100	100	100	100
Endverbrauch	62,6	75,7	77,8	61,3	65,1	68,1	67,8
Bruttoinvestitionen	37,1	25,4	15,4	18,6	22,1	21,1	20,8
Anlageinvestitionen	23,8	21,0	16,5	16,9	18,7	17,9	18,4
Lagerinvestitionen	13,3	4,4	-1,1	1,7	3,4	3,2	2,4
Außenbeitrag	0,3	3,4	6,8	20,1	12,8	10,8	11,4
Sparrate	37,4	28,8	22,2	38,7	34,9	31,9	32,2

Quelle: Goskomstat Rossii, Rossijski statistitscheski esbegodnik, 2002, Moskau 2002, S 298, Goskomstat of Russia, Russia in Figures, 2003, S. 151f., IWF, Osteuropa-Institut München eigene Berechnung.

Abnutzungsgrad der Grundfonds nach Wirtschaftszweigen in %

Bereich	1995	1998	2000	2002
Gesamter Grundfonds	38,6	42,2	42,4	47,9
Industrie	46,2	52,4	52,4	52,9
Gebäude, Konstruktionen u.s.w.	39,2	44,1	44,3	47,5
Maschinen und Ausrüstungen	62,9	68,4	66,5	61,9
Transportmittel	46,8	54,4	51,8	49,4
Landwirtschaft	37,6	46,9	50,4	50,4
Gebäude, Konstruktionen u.s.w.	35,9	43,6	47,7	50,0
Maschinen und Ausrüstungen	51,2	64,4	67,9	62,1
Transportmittel	47,3	60,4	64,7	63,2
Bauwirtschaft	37,0	35,6	44,6	43,9
Gebäude, Konstruktionen u.s.w.	27,9	23,0	33,5	35,9
Maschinen und Ausrüstungen	60,8	65,5	62,1	50,5
Transportmittel	51,3	55,1	56,3	50,7
Transportwesen	40,1	44,3	47,8	54,1
Gebäude, Konstruktionen u.s.w.	34,7	38,1	43,9	49,7
Maschinen und Ausrüstungen	60,7	64,1	62,4	54,3
Transportmittel	42,3	54,0	59,2	64,5
Handel und Gaststättengewerbe	33,6	39,7	38,1	28,9
Gebäude, Konstruktionen u.s.w.	31,6	38,4	38,3	28,9
Maschinen und Ausrüstungen	50,0	46,5	37,5	29,0
Transportmittel	48,8	43,4	39,6	30,6

Der Abnutzungsgrad der Grundfonds gibt den Anteil der abgeschriebenen Grundfonds an den Gesamtgrundfonds zum Jahresanfang an.
Quelle: Goskomstat Rossii, Rossijski statistitscheski esbegodnik 2002, ofizialnoe isdanie 2002, Moskau 2002, S.304.

Kommentar

Putins jüngste Reformen – zur Bekämpfung des Terrorismus oder zur Stärkung der Zentralmacht?

Margareta Mommsen, em. Professorin der Universität München

Präsident Vladimir Putin hat in seiner Rede vom 13. September 2004 grundlegende Reformen des politischen Systems angekündigt und diese mit der Notwendigkeit des verschärften Kampfes gegen den Terrorismus begründet. Bei genauerer Hinsicht wird deutlich, dass die beabsichtigten Neuerungen mit der Bekämpfung des Terrorismus wenig zu tun haben. Vielmehr liegt auf der Hand, dass das Maßnahmenbündel in erster Linie die Stärkung der Zentralmacht bezweckt. Die Tragödie von Beslan wird sichtlich als Vorwand genutzt, um die demokratischen Einrichtungen ein weiteres Mal zu schwächen.

Bei dieser Sachlage stellt sich die Frage, ob die beabsichtigten Neuerungen mit der Verfassung vereinbar sind und ob sich der bisherige „weiche“ oder „verdeckte“ Autoritarismus des Systems Putin in ein offen autokratisches Regime oder, wie Georgij Satarow meinte, in eine „plebiszitäre Diktatur“ verwandeln könnte.

Putins Ankündigungen zielen auf die Errichtung eines Notstandsregimes im nördlichen Kaukasus und auf tiefe Einschnitte in die Einrichtungen der repräsentativen Demokratie. Dazu gehört der Übergang zu einem Verhältniswahlrecht und die Abschaffung der Direktwahl der Provinzoberhäupter. Diese sollen künftig unmittelbar vom Präsidenten der Föderation vorgeschlagen und sodann von den jeweiligen regionalen Parlamenten bestätigt werden. Gerade in dieser Neuerung sehen Kommentatoren einen gravierenden Schlag gegen den russischen Föderalismus. Der Angriff entspricht jedenfalls der allenthalben zu beobachtenden Tendenz, noch verbliebene Bastionen der politischen Unabhängigkeit im Lande zu schleifen.

Da der Föderalismus zu den allgemeinen Grundgeboten der Verfassung zählt, ist der beabsichtigte Wechsel von der Wahl zur Ernennung der Provinzoberhäupter gewiss als ein Verstoß gegen die Verfassungsordnung zu werten. Nach der bereits im Jahr 2000 erfolgten Entmachtung des Föderationsrates ist der neue Schritt als ein weiterer Versuch zu sehen, nach der horizontalen auch die vertikale Gewaltenteilung zwischen Zentrum und Regionen zu zerstören. Die vollkommene Einbindung der regionalen Exekutive in die sogenannte Präsidentenvertikale läuft auf eine weitere Zentralisierung der politischen Entscheidungsprozesse und die

Einbebnung jeglichen politischen Pluralismus hinaus. Noch im Dezember 2002 hatte sich Putin selbst klar gegen die Ernennung der regionalen Oberhäupter und für deren direkte Wahl durch das Volk ausgesprochen. Dies schreibe die Verfassung vor und so solle es bleiben, meinte Putin damals. Offenkundig hat der Präsident sein Verfassungsverständnis mittlerweile grundlegend geändert.

Die zweite, vorgeblich im Zusammenhang mit dem verstärkten Kampf gegen den Terrorismus angestrebte Neuerung betrifft den Übergang zum Verhältniswahlrecht und damit die Abkehr von dem bisherigen gemischten System, dem zufolge die Hälfte der Mitglieder der Staatsduma über Parteilisten, die andere über Direktmandate in Einerwahlkreisen gewählt wird. Die Veränderung des Wahlrechts ist als solche nicht verfassungswidrig und ist im übrigen bereits im August 2004 beschlossen worden, ohne dass damals ein Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus erkennbar war.

Die auf den ersten Blick löbliche Absicht besteht darin, das Parteiensystem im ganzen Land zu stärken. Tatsächlich geht es inzwischen darum, die Kontrolle der Kremlführung über die politischen Parteien noch weiter auszudehnen und unabhängigen Abgeordneten den Weg in die Duma ganz zu versperren. Die Parteienbildung aus der Gesellschaft heraus wird verhindert und überhaupt das Prinzip des offenen politischen Wettbewerbs mit Füßen getreten. Da nach den Duma-wahlen vom Dezember 2003 die Parteienkonstellation den Kremlregisseuren selbst wenig konveniente, wurde alsbald - auch von Putin selbst - die Notwendigkeit einer völlig neuen Parteienlandschaft betont. Dabei dient das in den USA beheimatete Zweiparteiensystem als Vorbild. Einmal mehr werden also Parteien von oben kreiert. Weiterhin besteht in Moskau kein Verständnis dafür, dass die zwischen Gesellschaft und Staat bestehende Kluft nicht über die Schaffung künstlicher Parteien von oben her geschlossen werden kann.

Offenkundig als Ausgleich zu den rüden Schlägen gegen alle demokratischen Grundgebote offeriert Präsident Putin ein institutionelles Novum, das in einer in ihren Kompetenzen und ihrer Zusammensetzung nicht weiter spezifizierten „Öffentlichen Kammer“ besteht. Die neue Einrichtung soll Putin zufolge als Forum

des Dialogs, der Bürgerinitiativen, des Sachverständigen und nicht zuletzt als Instrument der „gesellschaftlichen Kontrolle“ über die staatliche Verwaltung, die Justiz und die Sicherheitsorgane fungieren. Es ist kaum vorstellbar, dass das eigentümliche Allzweckorgan die Funktionen der verfassungsmäßigen demokratischen Einrichtungen, denen der Garaus gemacht wurde, ersetzen kann. Bestenfalls handelt es sich um ein weiteres wenig tragfähiges Surrogat, das auf derselben Ebene liegt wie der bloß konsultative Staatsrat, jene „Traumfabrik der Gouverneure“, in der sich Staatsspitze und Oberhäupter der Provinzen zu einem unverbindlichen Austausch von Meinungen treffen.

Aufs ganze gesehen laufen die von Präsident Putin angepeilten Reformen auf eine Straffung der „Präsidentenvertikale“ und damit auf eine Zentralisierung des politischen Systems hinaus. Stanislav Belkowskij, der sich vom Befürworter Putins in dessen scharfen Kritiker verwandelt hat, warnt vor dem „neuen Geist“, den die angestrebten Reformen in das politische System hineinbringen. Ähnliche Gedanken stammen von anderen Beobachtern, die in dem „neuen Geist“ entweder den Ruch des alten Sowjetsystems oder schon die Aura der neuen „plebiszitären Diktatur“ erkennen.

Pressestimmen

Zu Putins politischen Reformplänen

United Financial Group – Russia Morning Comment – 14. September 2004, Seite 3

Wichtige politische Reformen: das Ende des Föderalismus

Christopher Granville / Alexei Zabolotkin

Mit diesen Reformen kommt Russlands Experiment mit dem Föderalismus, der in Putins erster Amtszeit ohnehin schon geschwächt wurde, zu einem Ende. Somit kehrt das Land zur traditionellen Ordnung eines zentralisierten Einheitsstaates unter einem Zaren/Generalsekretär/Präsidenten zurück. Es wird jedoch nicht nötig sein, die Verfassung (die den Föderalismus zu den Grundprinzipien des russischen Staates zählt) zu ändern. Um diese Reform zu implementieren, braucht Putin nur die Zustimmung der regionalen Behörden, durch ihre Vertreter im Föderationsrat, und durch die Regionalparlamente, die ihre (regionalen) „Verfassungen“ ändern müssen. Die Unterordnung der Gouverneure unter den Kreml wird zu Spannungen in den nationalen Republiken führen, vor allem in Tatarstan; Putin wird aber wahrscheinlich diese Situation meistern, indem er inoffizielle Zusagen macht, Kandidaten für das Amt des Präsidenten von Tatarstan nur mit vorheriger Zustimmung der vom Clan des Präsidenten Schaimiew kontrollierten Legislative Tatarstans zu ernennen.

Schon im April hatte Putin mehr oder weniger offen erklärt, dass Abgeordnete zur Staatsduma nur über Parteilisten gewählt werden sollten [...]. Auch diese Maßnahme wird regionale Interessen schwächen und die Zentralisierung verstärken. Die Initiative zur Schaffung einer „Öffentlichen Kammer“ ist ein implizites Eingeständnis, dass das Parlament in Putins politischem System nicht seine eigentliche Rolle, nämlich die Exekutive zu kontrollieren, spielen kann.

Die Tatsache, dass Dmitri Kosak, einer der wenigen wirklich fähigen Personen in Putins engerer Umgebung, ein neues Amt erhält, ist ein Verlust für die föderale Regierung, die ohnehin schon durch die Führungsschwäche Fradkows behindert ist. Die Ernennung von Kosak unterstreicht das Problem der Administration Putin, geeignete Personen für die Besetzung der Regierungämter zu finden. Putin wird nur Menschen, die er kennt, und denen er völlig vertrauen kann, zu Schlüsselstellungen ernennen; Leute vom Kaliber Kosaks sind Mangelware. Eine Implikation der angekündigten Maßnahmen ist, dass Fradkow bis auf Weiteres im Amt bleibt.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

www.gazeta.ru, 15.9.2004

„Ein weiteres stümperhaftes Schritchen in Richtung Diktatur“

[Zusammenstellung von Kommentaren]

Dmitri Oreschkin, Leiter der Forschungsgruppe „Merkator“:

... Formal widerspricht der Vorschlag Putins [zur Ernennung der Gouverneure] nicht der Verfassung. ... Tatsächlich aber ist dieser Vorschlag eine Abkehr von Föderalismus und Demokratie. Alle Regionen werden über einen Kamm geschoren und von einem Menschen im Zentrum mit dem Namen Putin abhängig. Die Gouverneure werden einander immer ähnlicher, da der Präsident nicht alle kennen kann und nur einem begrenzten Personenkreis vertraut. Daher werden neue Präsidenten der Teilrepubliken und neue Gouverneure entweder zu den „Petersburgern“ oder zu den „Silowiki“ gehören. Heute sind [schon] etwa zehn Gouverneure „Silowiki“. ...

Im Gegensatz zu den Wählern werden die Eliten auf diese Veränderung sehr empfindlich reagieren und ein weiteres Mal die Faust in der Tasche ballen. Ein Problem von Putins autoritärem Regierungsstil ist, dass die Gouverneure ihre Mitarbeiter nicht mehr werden aussuchen können, die von oben abkommandiert werden. Der Präsident übernimmt immer mehr, wird aber mit der Situation immer weniger fertig, wie es die Ereignisse in Nordossetien gezeigt haben. Ich glaube nicht, dass die Wiedererrichtung des Ministeriums für Nationale Minderheiten die Lage verbessert. Letzten Endes werden die Entscheidungen nicht in diesem Ministerium gefällt werden, sondern von den für den Nordkaukasus verantwortlichen Silowiki. ...

Pawel Krascheninikow, Vorsitzender des Dumausschusses für bürgerliche, Arbitrage-, Straf- und Verfahrensgesetzgebung:

... Der Vorschlag zur Ernennung der Gouverneure widerspricht nicht der Verfassung. Er widerspricht dem „Gesetz über die allgemeinen Prinzipien der Organisation von Legislative und Exekutive in den Subjekten der Russischen Föderation“, aber das Gesetz wird geändert werden. Es hat schon lange Diskussionen über dieses Thema gegeben. ... Der Präsident hat nur das öffentlich gemacht, was schon lange im Gespräch war.

Tatsächlich hat es sich sehr negativ ausgewirkt, dass es vielen Gouverneuren erlaubt wurde, sich für drei oder vier Amtszeiten wählen zu lassen. Die Regionen stagnieren auch heute, es gibt kein frisches Blut und viele sind in Korruption verstrickt. Wenn das Gesetz dahingehend geändert wird, ... werden mehr als die Hälfte der Gouverneure ersetzt werden. Ich meine, dass die Bevölkerung dieses akzeptieren wird.

Sergej Iwanenko, Stellvertretender Vorsitzender der Partei „Jabloko“:

Die Entscheidung des Präsidenten ist gelinde gesagt nicht sehr weitblickend. Es ist unverständlich, wieso das, was heute schon Praxis ist, eine rechtliche Form erhalten soll. Wir wissen auch so, wie gewisse Gouverneure gewählt werden. Was eine Erklärung für solche Initiativen betrifft – es gibt heute keine Bedrohungen für die Einheit des Landes. ... Die [Entscheidung des Präsidenten] ist Ausdruck der Schwäche der Regierung, da sie offensichtlich nicht mit den Herausforderungen der heutigen Welt fertig wird, weder, was die Indikatoren für das Wirtschaftswachstum betrifft, noch im Bereich der Sicherheit oder des Lebensstandards und last but not least auch nicht beim Eintritt in die Gruppe der entwickelten Länder.

Boris Nadeschdin, Sekretär für Gesetzesinitiativen der Partei SPS:

In allen zivilisierten Ländern werden die Gouverneure gewählt. Der amerikanische Präsident beteiligt sich überhaupt nicht an den Gouverneurswahlen in den Staaten der USA. Verfahren wie das von Putin vorgeschlagene sind in Kraft in Belarus, früher in der Ukraine. Sie können mich töteln, wenn man mit einem solchen Verfahren irgendwie den Terrorismus bekämpfen kann.

Die Politik in unserem Land ist schmutzig, aber immerhin war sie bis zu Putins Vorschlag öffentlich. ... Es hat Bestechung gegeben, aber Wahlen haben trotzdem stattgefunden. Der Vorschlag Putins bedeutet aber, dass Wahlen nicht mehr öffentlich sein werden.

Natürlich wird ein solches Verfahren, falls es eingeführt wird, die Korruption nur noch vergrößern. ... Wenn dieses Verfahren bestätigt wird, kehren wir zur Sowjetunion oder der Volksrepublik China zurück. ...

Georgi Satarow, Direktor des Fonds „Indem“:

Die Idee, die Gouverneure nach den Vorstellungen des Präsidenten zu ernennen, ist ganz und gar nicht verfassungskonform. Sie verletzt das Wahlrecht der Bürger, wie es in Artikel 3 und 55 der Verfassung festgelegt ist. ... Zwischen dem Wähler und dem Gouverneur taucht ein Verbindungsglied auf – der Präsident. ... Heute spüren die Gouverneure eine gewisse Abhängigkeit vom Wähler. Wenn ein solches Gesetz verabschiedet wird, bedeutet dieses einen weiteren kleinen Schritt in Richtung einer stümperhaften und hilflosen Diktatur.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

SPIEGEL ONLINE - 14. September 2004, 11:00

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,317960,00.html>

Putins Mobilmachung – Doswidanja Glasnost

Von Jörg R. Mettke, Moskau

Die Ära der Öffnung der russischen Gesellschaft ist beendet. Mit seinen Plänen zur Mobilmachung gegen den Terror hat Präsident Putin gestern endgültig den Weg verlassen, auf den seine Vorgänger Gorbatschow und Jelzin das Land geführt hatten. Im Schatten des bestialischen Verbrechens von Beslan erhebt sich ein nicht weniger erschreckendes Staatsmonster. [...]

Freilich: Ein neuer Staat ist das nicht, von dem 136 in den Kreml geladene Spitzen-Beamten aus erster Hand eine Blaupause erhielten. Viel mehr war es die - durchaus historische - Stunde des Bekenntnisses zu einer Restauration, die bereits zu weit fortgeschritten ist als das sie noch länger geleugnet werden könnte: Es war die Stunde der Tschekisten, als deren Repräsentant Putin an die Macht gelangte und deren Ziele er verfiel. Die Periode einer Öffnung der russischen Gesellschaft, verbunden mit den Namen der Reformkommunisten Gorbatschow und Jelzin, scheint nach 20 Jahren endgültig vorüber. [...]

Hintergrund

Putins Personalkarussell: Kosak und Jakowlew im Portrait

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Dmitrij Kosak – der „Apparatschik mit Mantel und Degen“

Dmitrij Kosak wurde am Montag, den 13. September 2004, zum Präsidentialbeauftragten des Südlichen Föderalbezirks und zum Vorsitzenden der Föderalen Kommission für den Nordkaukasus ernannt. Kosak hat damit das schwierigste Amt übernommen, das Präsident Putin im Moment zu vergeben hat. „Apparatschik mit Mantel und Degen“ oder „Putins Kataklysmenschutzministerium“ nennt die russische Presse den erstklassigen Juristen schon mal, der bisher nicht in größere Skandale verwickelt war, und der als extrem loyal, extrem gründlich und extrem arbeitsfähig gilt.

Dmitrij Nikolaewitsch Kosak (oder DNK, wie ihn die Presse nennt) wurde am 7.11.1958 in Kirowograd (Ukraine) geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an der Leningrader Staatsuniversität. Nach seinem Abschluss im Jahre 1985 arbeitete er vier Jahre in der Leningrader Staatsanwaltschaft. 1989, als durch das Genossenschaftsgesetz der Weg für die Gründung privater Unternehmen frei wurde, wechselte er in die privatwirtschaftliche Sphäre und wurde Leiter der Rechtsabteilung des Konzerns „Monolit-Kirowstroj“ und Hauptrechtsberater des Verbandes der Seehandelshäfen. 1990 wechselte er in die öffentliche Verwaltung und übernahm den Posten des Stellvertretenden Leiters der Rechtsabteilung des Exekutivkomitees des Leningrader Sowjets (d.h. der Stadtverwaltung). Schon im Jahr darauf stieg er zum Leiter der Behörde auf, eine Funktion, die er bis 1993 ausübte. In dieser Zeit war der Reformler Anatolij Sobtschak Bürgermeister und Wladimir Putin einer seiner engsten Mitarbeiter. Die Bekanntschaft

zwischen Putin und Kosak stammt aus diesen Jahren. Kosak behielt aber den Kontakt zur Privatwirtschaft und war 1993 an der Gründung der juristischen Firma „Konvent“ beteiligt. Im Frühjahr 1994 kandidierte er für die Petersburger Gesetzgebende Versammlung. Die Wahl wurde jedoch für ungültig erklärt. Im September 1994 erhielt er stattdessen den Vorsitz des Rechtskomitees des Petersburger Bürgermeisteramtes.

Als Sobtschak im Sommer 1996 bei den die Bürgermeisterwahlen gegen seinen Konkurrenten Wladimir Jakowlew verlor, und dieser Petersburger Bürgermeister (respektive Gouverneur) wurde, trat Kosak (wie auch Putin) von seinem Amt zurück, wurde jedoch von Jakowlew umgehend wieder eingestellt, da dieser den exzellenten Fachmann nicht verlieren wollte. So war Kosak von 1996 bis 1999 Vizegouverneur von Petersburg und Vorsitzender des Rechtskomitees der Gouverneurskanzlei. Im Jahr 1998 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Jakowlew und Kosak. Anlass war, glaubt man der Presse, der Umstand, dass Kosak die Verabschiedung eines neuen Gemeindestatuts durch das Petersburger Stadtparlament nicht verhindert hatte und obendrein mit dem Sprecher des Parlaments, Jurij Krawzow, Jakowlews wichtigstem Gegenspieler, eng befreundet war. Im Januar 1999 trat Kosak jedenfalls von seinen Ämtern zurück.

Angebote aus Moskau, die von ehemaligen Petersburgern wie Putin (damals FSB-Chef und Sekretär des Sicherheitsrates), Tschubajts (Vorstand des Strommonopolisten EES Rossii) und Stepaschin (damals Innenminister) kamen, lehnte er zunächst ab und engagierte sich von Januar bis Mai 1999 im Rechtsberatungsun-

ternehmens „Newa-Just“. Zugleich war er Mitglied des Direktorenrats des Petersburger Bankhauses. Als Putin von Jelzin zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, folgte er schließlich doch dem Ruf aus Moskau und wurde im August 1999 mit Ministerrang Vorsitzender von Putins Regierungsapparat. Kosak war in dieser Phase federführend bei der Formulierung des Projekts der strategischen Entwicklung Russlands bis 2010.

Im Mai 2000, nach der Wahl Putins zum Präsidenten, wurde Kosak als Kandidat für das Amt des Generalstaatsanwalts ins Gespräch gebracht. Putin entschied sich aber kurzfristig für Wladimir Ustinow. Der Hintergrund dieses Vorgangs ist unklar, es wird behauptet, dass die „Silowiki“ – die Fraktion der ehemaligen Geheimdienstler oder „Tschekisten“ im Umfeld des Präsidenten – Kosak verhindert und Ustinow durchgesetzt hätten.

Im Juni 2000 betraute Putin Kosak mit dem Posten des Stellvertretenden Leiters der Präsidentialadministration. In den Folgejahren war Kosak verantwortlich für die Entwicklung und die Implementierung der Justiz- und der Verwaltungsreform. Im Januar 2001 legte er das Konzept für die Gerichtsreform vor, im folgenden Sommer wurde er Leiter der Kommission für Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Zentrum und Regionen. Nebenbei hat er seit August 2000 den Vorsitz des Direktorenrats der Aktiengesellschaft „Sowkomflot“ inne. Im Juli 2003 wird er Stellvertretender Leiter der Regierungskommission für die Verwaltungsreform, die nun in ernsthaft in Gang gebracht wird.

Als im Oktober 2003 Woloschin, der bereits unter Jelzin Leiters der Präsidentialverwaltung war und als Platzhalter des Jelzin-Clans galt, genötigt wurde, zurückzutreten, stieg der ‚Petersburger‘ Kosak zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialverwaltung auf. Die russische Presse handelte ihn zu diesem Zeitpunkt als den intelligentesten und durchsetzungsfähigsten Vertreter der ‚Petersburger Liberalen‘ im Umfeld des Präsidenten und begründete die Tatsache, dass Dmitrij Medwedjew und nicht Kosak Nachfolger Woloschins wurde, damit, dass Kosak für die Fraktion der „Petersburger Tschekisten“ nicht akzeptabel gewesen sei. Nichtsdestoweniger behält Kosak eine Schlüsselstellung. Er leitete 2004 Putins Wahlkampagne für die Präsidentenwahl und galt als die treibende Kraft hinter der Regierungsumbildung im März 2004, die Kasjanow durch Fradkow ersetzte. Kosak selbst wurde Leiter des Regierungsapparats im Ministerrang. Die Presse handelte ihn zunächst als „zweiten Premierminister“, als die dominante Figur im Kabinett, berichtete aber später, es gelinge ihm nicht, sich gegen Fradkow durchzusetzen, der ihn von wichtigen Kabinettsentscheidungen fernhalte. Zwischen Kosak, der zu den sogenannten „Fanatikern“

gerechnet wird, die Reformen konsequent vorantreiben und Russland verändern wollen, und Fradkow, der wie auch Parlamentsvorsitzender Boris Gryslow als „don't care“ gilt, als Anhänger eines langsamen und bedächtigen Vorgehens, scheint es zu Reibungen gekommen zu sein. Am 13. September 2004 hat Putin Kosak nun als Präsidentialbeauftragten für den Südlichen Föderalbezirk und als Vorsitzenden der Föderalkommission für den Nordkaukasus eingesetzt.

Dmitrij Kosak ist zweifelsohne ein exzellenter Administrator. Mit den Verhältnissen im Nordkaukasus ist er nicht vertraut, mit Fragen der Terrorbekämpfung hat er keine Erfahrung. Ob er in der Lage ist, die anstehenden, schwierigen Probleme zu lösen, muss dahingestellt bleiben. Er ist aber auch die „letzte Personalreserve“ Putins. Weitere Persönlichkeiten von ähnlichem Kaliber hat der Kader der „Petersburger“ nicht aufzuweisen. Damit wird deutlich, wie klein der Kreis der Personen ist, denen Putin vertraut, und wie eng begrenzt deren Expertise. Und es stellt sich die Frage, ob die Putin-Administration tatsächlich über die personellen Kapazitäten verfügt, Russland vom Zentrum aus zu führen.

Wladimir Jakowlew – Putins Petersburger Widersacher

Wladimir Jakowlew ist ein Fremdkörper in Putins Exekutive. Ein machtbewusster Petersburger Kommunalpolitiker, dessen Verwaltung als ausgesprochen korruptionsanfällig galt, gehörte er jenem politischen Bündnis an, das zu Putin 1999 in Opposition stand, und setzte sich lange erfolgreich gegen die Versuche der Putin-Administration zur Wehr, in Petersburg politisch Fuß zu fassen. Dennoch hat der Präsident ihm in letzter Zeit kurz nacheinander drei hochrangige Posten übertragen, zuletzt die Leitung des neuzuschaffenden Ministeriums für regionale Entwicklung.

Wladimir Anatoljewitsch Jakowlew wurde am 25.11.1944 in Olekminsk (Jakutische ASSR) geboren, wohin man seine Mutter aus Leningrad evakuiert hatte. Nach Kriegsende kehrte die Familie nach Leningrad zurück, wo Jakowlew aufwuchs und die Schule besuchte. Nach dem Wehrdienst, den er 1965–1968 in einer Aufklärungskompanie im Wehrbezirk Transkaukasus absolvierte, studierte er auf dem Leningrader Montage-technikum. Nach dem Abschluss arbeitete er als Meister, später Ingenieur und Chefingenieur in der Bauverwaltung eines Leningrader Stadtteils. 1974 schloss er ein Fernstudium am Nordwestlichen Polytechnischen Institut im Fach „Kapitalbau und Rekonstruktion“ ab.

Die Funktion eines Stellvertretenden Vorsitzender der Verwaltung des Leningrader Stadtteils Dserschinsk

verlor Jakowlew, nachdem man ihm wegen „persönlicher Maßlosigkeit und Amtsmissbrauch“ beim Erwerb eines PKW einen strengen Parteiverweis erteilt hatte. Dennoch wurde er Leiter einer Produktionsabteilung in der Kapitalbauverwaltung Leningrad, danach Leiter eines städtischen Reparatur- und Bautrusts. 1987 war er Stellvertretender Vorsitzender der Wohnungsbauverwaltung der Leningrader Stadtverwaltung, dann Cheffingenieur der Produktionsvereinigung Wohnungswirtschaft.

Den Zusammenbruch der Sowjetunion, der Wechsel des politischen Systems und die Wahl Anatolij Sobtschaks zum Bürgermeister der Stadt, die nunmehr Petersburg hieß, beeinträchtigte die Karriere Jakowlews nicht weiter. Im Oktober 1993 wurde er Vorsitzender des Komitees für Kommunalwirtschaft und Stellvertretender Bürgermeister Petersburgs, im Frühjahr 1994 Erster Stellvertretender Bürgermeister. In dieser Phase stand er in Arbeitskontakten mit Wladimir Putin, Dmitrij Kosak und anderen „Petersburgern“ aus Putins heutigem Team. Allerdings geriet Jakowlew früh in Opposition zu Bürgermeister Sobtschak, gegen den er bei den Wahlen 1996 antrat. Wladimir Putin stand ihm damals im Team des amtierenden Bürgermeisters gegenüber, er leitete die Wahlkampagne Sobtschaks. Am 2. Juni 1996 im zweiten Wahlgang konnte sich Jakowlew mit 47,5% der Stimmen gegen Sobtschak und sein Team (45,8%) durchsetzen. Wladimir Putin verließ damals die Petersburger Stadtverwaltung und wechselte nach Moskau in die Präsidentialadministration. Ob Jakowlew versucht hat, Putin zu halten, wie er dies mit Dmitrij Kosak tat, oder ob er ihn gezielt hinausgedrängt hat, ist unklar. In der Presse finden sich beide Versionen.

Nach 1996 richtete sich Wladimir Jakowlew in Petersburg ein und baute eine feste Machtposition auf. Ihm wurde nachgesagt, er besitze über seine Frau eine Kette von Supermärkten und Baustoffunternehmen und Anteile an Petersburger Energieversorgungsunternehmen. Er war auch dafür bekannt, dass er sich offensiv für die Interessen lokaler Bauunternehmer einsetzte, die er gegen die Moskauer Konkurrenz schützte, und die ihn ihrerseits unterstützten, zugleich aber auf kommunalpolitische Entscheidungen Einfluss nahmen. Die Petersburger Stadtverwaltung war in dieser Phase immer wieder Ziel von Untersuchungen des Rechnungshofes, sie galt als hochgradig korruptionsgefährdet. In der Presse wurde Jakowlew als erfolgreicher Machtpolitiker und Lobbyist dargestellt. Es hieß allerdings auch, dass seine Politik für Petersburg kaum reale Ergebnisse erbracht hätte. Er war aber unstrittig die Führungsfigur der regionalen Elite. Im Mai 1999 wurde er zum Präsidiumsmitglied der Wahlvereinigung

„Vaterland-Ganz Russland“ gewählt, die gegen den Jelzin-Clan und ihren Kandidaten, Wladimir Putin, antrat. Bei den Dumawahlen konnte sich diese Kraft zwar nicht durchsetzen, doch in Petersburg wurde Jakowlew im Mai 2000 problemlos wiedergewählt, obwohl aus der Putin-Administration erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, einen Gegenkandidaten aufzubauen.

Juni 2003 gab er sein Petersburger Amt schließlich auf und wurde zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Regierung Kasjanow ernannt mit den besonderen Aufgabenbereichen Kommunalwirtschaft, Bauwesen und Verkehr. Der Wechsel von Petersburg nach Moskau erfolgte augenscheinlich auf Druck der Präsidentialverwaltung, die bei den kommenden Gouverneurswahlen in Petersburg Valentina Matwienko durchsetzen wollte. Jakowlew, der in der Lage gewesen wäre, das zu verhindern, wurde gewissermaßen aus dem Gouverneursposten „herausgekauft“.

Die ministeriale Herrlichkeit war jedoch schon nach acht Monaten vorbei. Am 24. Februar verlor Jakowlew im Zusammenhang mit der Absetzung der Regierung Kasjanow sein Regierungsamt. Ersatzweise ernannte Putin ihn am 9. März zum Präsidentialbevollmächtigten im Südlichen Föderalbezirk, der auch die Verantwortung für den Nordkaukasus umfasst. Diese Personalentscheidung war sachlich kaum zu begründen. Es gab nichts, was Jakowlew für dieses schwierige Amt qualifiziert hätte. So wurde die Ernennung allgemein als ‚Verbannung‘ interpretiert und als Signal an die regionalen Clans, auf den Präsidentialbevollmächtigten weiter keine Rücksicht zu nehmen. Jakowlew selber machte in den sechs Monaten seiner Amtsführung einen eher blassen Eindruck. Er entließ zwar das gesamte Personal seines Vorgängers und installierte seine eigene Petersburger Mannschaft, doch er hatte kein erkennbares Programm und griff auch nicht sichtbar in die politischen Prozesse der Region ein.

Seine Ablösung durch den exzellenten Verwaltungsmann und „trouble shooter“ Kosak ist gewiss sinnvoll. Andererseits stellt sich die Frage, warum Jakowlew überhaupt dieses schwierige Amt in Südrussland anvertraut wurde. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Putin-Administration die Situation im Nordkaukasus im März 2004 völlig falsch eingeschätzt hat. Auch die jetzige Ernennung zum Minister für regionale Entwicklung lässt sich nur schwer begründen. Es gibt nichts was ihn für dieses Ressort qualifiziert, das offensichtlich nur eingerichtet wurde, um ihn zu versorgen. Warum Putin es für notwendig hält, eine fragwürdige Figur wie Wladimir Jakowlew weiter mit hohen Ämtern zu versorgen, ist eine interessante Frage, die aber schwer zu beantworten ist.

Dokumentation

Die Blaupause der „September-Revolution“

Die wichtigsten Punkte aus Putins Rede vor dem erweiterten Kabinett

Vor den versammelten Ministern und den Präsidenten und Gouverneuren der 89 Föderationssubjekte entwarf Präsident Putin am Montag, dem 13. September 2004, ein Konzept zur Umgestaltung des Regierungssystems der Russischen Föderation und zur Terrorismusbekämpfung. Der Präsident erklärte, dass in der gegebenen Situation „das System der vollziehenden Gewalt im Lande nicht nur an die Arbeit in Krisensituationen angepasst, sondern kardinal umgebaut werden (müsse) – umgebaut mit dem Ziel der Stärkung der Einheit des Landes und der Verhinderung der Entstehung von Krisen“.

Putins Vorlage behandelte drei Themenblöcke: die Umgestaltung des politischen Systems, die Stabilisierung der Lage im Nordkaukasus und die Reorganisation der Terrorismusbekämpfung. Im einzelnen führte er folgende Punkte an:

Die Umgestaltung des politischen Systems

- Die Oberhäupter der 89 Föderationssubjekte sollen vom Präsidenten vorgeschlagen und von den Regionalparlamenten bestätigt werden. „Damit wird der Auswahlmechanismus für das höchste Amt der Exekutive der Regionen nach Prinzipien konstruiert, die praktisch mit den Prinzipien der Regierungsbildung auf föderaler Ebene identisch sind“
- Es sollen beschleunigt landesweit tätige Parteien aufgebaut werden. Dies soll durch eine Änderung des Wahlrechts erreicht werden: „Im Interesse der Stärkung des politischen Systems des Landes halte ich die Einführung des Verhältniswahlrechts in der Staatsduma für notwendig.“
- Die Kommunikation zwischen Gesellschaft und Exekutive soll verbessert werden: „In diesem Zusammenhang halte ich es für eine wohlerwogene Idee, eine „Öffentliche Kammer“ zu schaffen als Instanz für einen breiten Dialog, wo Initiativen von Bürgern vorgestellt und sorgfältig erörtert werden können; und eine solche Kammer soll – was nicht weniger wichtig ist – der Ort für die Bewertung der zentralen staatlichen Entscheidungen und vor allem aller Gesetzesprojekte, die die Entwicklung des ganzen Landes betreffen, die allgemein nationale Bedeutung haben, durch gesellschaftliche Expertise werden.“

- Die Bildung von einer Art Bürgerwehren soll gefördert werden: „Es gilt auch die Initiative von Bürgern zur Organisation freiwilliger Strukturen auf dem Felde der Wahrung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.“

Die Stabilisierung der Lage im Nordkaukasus

- Es wird eine Föderale Kommission für den Nordkaukasus gebildet, die breite Vollmachten zur Koordinierung der zivilen Ministerien und der Machtministerien haben soll. In erster Linie soll es dabei um Vollmachten auf dem Felde der Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen, aber auch um gewisse Vollmachten auf dem Gebiet der Sicherheit.
- Dmitrij Kosak wird zum Präsidialbevollmächtigten im Südlichen Föderalbezirk ernannt und zugleich zum Vorsitzenden der Föderalen Kommission für den Nordkaukasus.
- Ein Ministerium für Regional- und Nationalitätenpolitik soll eingerichtet werden, an dessen Spitze Wladimir Jakowlew stehen wird.

Die Reorganisation der Terrorismusbekämpfung

- Es soll ein System zum Krisenmanagement eingerichtet und es sollen Krisenpläne vorbereitet werden.
- Es soll ein einheitliches nationales Sicherheitssystem geschaffen werden, wie es in anderen Ländern schon vorhanden ist. „Auch bei uns in Russland ist eine solche Organisation notwendig und eine solche Organisation der Arbeit des nationalen Sicherheitssystems, das es nicht nur in der Lage ist, Terroraktionen zu unterbinden und ihre Folgen zu überwinden, sondern auch die Angriffe der Terroristen, die von ihnen organisierten Diversionen und technogenen Katastrophen im Vorfeld zu verhindern. Man muss auch daran arbeiten, den Verbrechern zuvorzukommen und sie zu vernichten, d.h. in ihrem eigenen Räubernest, und wenn es die Umstände erfordern, sie auch im Ausland zu fassen.“
- Die Strafen für anscheinend geringfügige Amtsvergehen, die aber schwere Folgen haben können, wie z.B. illegale Ausgabe von Pässen, die in die Hände von Terroristen geraten können, sollen härter bestraft werden.

Der russische Text der Rede findet sich auf der Webseite des Präsidenten unter der Adresse:
<http://president.kremlin.ru/text/appears/2004/09/76651.shtml>

Dokumentation

Bericht der OSZE zur Medienberichterstattung über die Beslan-Tragödie

Zusammenfassung

Die Berichterstattung über die Ereignisse hat gezeigt, dass sich Pressefreiheit in Russland entwickelt hatte. Allerdings haben einige besorgniserregende Entwicklung in der Beziehung zwischen Regierung und Medien die Aufmerksamkeit lokaler und internationaler Experten und Menschenrechtler gefunden.

Es gab Fälle von Festnahmen und Schikanen von Journalisten, die ihre Arbeit ernsthaft behinderten.

Noch wichtiger ist, dass die Regierung nicht rechtzeitig wahrheitsgemäße Informationen über den Umgang mit der Krise bereitstellte:

- Wie viele Menschen als Geiseln genommen wurden;
- Wie groß die Zahl der Geiselnahme war;
- Wer sie waren;
- Was ihre Forderungen waren.

Als Konsequenz wurden Journalisten in Beslan wegen angeblicher Desinformation der Öffentlichkeit physisch angegriffen.

Es entstand eine dreifache Glaubwürdigkeitslücke, zwischen Regierung und Medien, zwischen Medien und Bürgern und zwischen Regierung und Bevölkerung. Dies ist ein ernsthafter Rückschlag für die Demokratie.

Die wesentlichen Informationsquellen für die russische Bevölkerung sind die drei landesweiten Fernsehsender. Bedauerlicherweise haben sie keine genaue und aktuelle Berichterstattung geleistet. Letztendlich haben die Printmedien und die Nachrichtenseiten im Internet diese Funktion übernommen und die Informationsleere so gut gefüllt, wie sie konnten.

*Der vollständige Bericht in englischer und russischer Sprache wurde im Internet veröffentlicht unter:
<http://www.osce.org/fom/>*

Pressestimmen

Zum tschetschenischen Terrorismus

Izwestija, 7. September 2004, S. 6

„Die Gesellschaft hat keinen anderen Beschützer als Putin“

Igor Bunin, Generaldirektor des Zentrums für politische Technologie

Vom Standpunkt der Massenpsychologie aus betrachtet, versuchen Menschen nach einem Schock sich psychologisch an die Bedrohung durch den Terrorismus anzupassen, etwas vorsichtiger zu sein, grundlegend ändert sich aber nichts: nach einiger Zeit geht alles wieder seinen gewohnten Gang. Es ist schwer vorstellbar, dass Russland als Frontstaat, wie Israel, existieren könnte. Trotz allem gibt es bei uns viel weniger Terroristen. Es ist schwer vorstellbar, dass die russische Bevölkerung mit Transparenten, auf denen „Nein zum Terrorismus“ steht, demonstrieren geht, wie es in Spanien nach den Madrider Attentaten [vom 9. März 2004] geschah. Das, was in Moskau, St. Petersburg und an einigen anderen Orten geschieht, sind eher organisierte Aktionen im Stile des 7. November [Jahrestag der Oktoberrevolution] oder des 1. Mai. Es ist schwer vorstellbar, dass die russischen Bürger wie die Amerikaner ziemlich harte soziale Normen einhalten, jedes ungewöhnliche Verhalten verfolgen und melden werden. Es wird allerhöchstens ein etwas vorsichtigeres Verhalten geben, jeder wird entscheiden, wie er sich persönlich vor dem Terror schützt.

Der Staat wird eine Reihe von Maßnahmen treffen, die nach außen hin als gewisse Verschärfung erscheinen, aber bei der Koordinierung technischen Charakter annehmen werden. Es wird dasselbe geschehen wie nach dem Geiseldrama im Musicaltheater: zuerst wurde vorgeschlagen, die Weitergabe jeglicher Informationen über Terroranschläge an die Massenmedien zu verbieten, trotzdem wurde aber über die Ereignisse in Nordossetien mehr oder weniger normal berichtet.

Wenn die Einheit des Landes gestärkt wird, wird die Position der Bevollmächtigten des Präsidenten gestärkt und die der Gouverneure geschwächt werden. Im Kaukasus wird ein Koordinationszentrum nach Art der Büros der Bevollmächtigten geschaffen werden, welches eine einheitliche Politik unter Berücksichtigung der vielen Konflikte (Nordossetien – Inguschetien, Tschetschenien, Georgien – Südossetien) implementieren wird.

Unter den „Silowiki“ wird es keine spektakulären Entlassungen geben. Ich glaube nicht, dass Putin den KGB wiedererrichten will, da der FSB in der heutigen Lage ziemlich versagt hat. Der Präsident wird eher ein neues Zentrum gegen den Terrorismus schaffen, nach dem Beispiel der USA.

Ich glaube kaum, dass in Russland die von Putin erwähnte Zivilgesellschaft geschaffen wird. Dafür braucht man

andere Politiker, nicht solche, die zuerst untertauchten und schweigen, dann aber, nachdem der Präsident den Ton angab, in den allgemeinen Chor einstimmten.

Mir scheint es, dass Nordossetien jetzt der Höhepunkt des Terrors ist, es kann noch ein oder zwei Anschläge geben, dann aber müssen die Terroristen verschnaufen.

Natürlich werden Putins Popularitätswerte etwas schwanken, da aber die Gesellschaft keinen anderen psychologischen Verteidiger und Putin keinen ernsthaften Gegner hat, wird sich die Gesellschaft um das Staatsoberhaupt konsolidieren. Es wird eine schwache Konsolidierung sein, aber es wird sie geben – die Menschen sehen keinen anderen Halt, um den sie sich sammeln könnten.

Nezawisimaja Gazeta, 7. September 2004, S. 9

Interview mit Sergej Artjunow, Ethnologe und Leiter der Abteilung für die Völker des Kaukasus des Miklucho-Maklaj-Institutes für Ethnologie und Anthropologie

Wo waren unsere Sicherheitsdienste? Aus irgendeinem Grund wird danach nicht gefragt. Das ist eine himmelschreiende Schlampererei.

...

Das Hauptziel [der Geiselnahme] war es, Ossetien zu provozieren, um einen Bruderkrieg zwischen Osseten und Inguscheten zu entfachen. Die Hauptaufgabe unserer Regierung heute: dieses unter keinen Umständen zuzulassen.

...

[Von der Feindschaft zwischen Inguscheten und Osseten] profitiert die islamistische Internationale.

...

Die „Silowiki“ und die Geheimdienste werden darauf bestehen, in ganz Russland die Schrauben anzuziehen, für sie wäre die Erklärung des Kriegs- oder Ausnahmezustandes die beste Lösung, sodass ein Gespräch, wie ich es jetzt mit Ihnen führe, nicht mehr möglich sein wird. Davon träumen sie.

...

Wenn es gelingt, den tschetschenischen Konflikt zu lösen, wird der Terrorismus auf ein Prozent des heutigen Umfanges schrumpfen. Aber wiegen wir uns nicht in Sicherheit: Er wird nicht völlig aufhören. Es gibt zu viele beleidigte, erniedrigte und gedemütigte Menschen, die sich rächen möchten, auch die Schwarzen Witwen wird es weiter geben.

...

Es wird noch mindestens 10 Jahre Terroranschläge geben. Das ist das Minimum. Es steht aber auf einem anderen Blatt, wie viele es noch geben wird. Damit es weniger werden, muss eine politische Lösung für den Tschetschenienkonflikt gefunden werden.

Nezawisimaja Gazeta, 7. September 2004, S. 9

Menschenverschwendung

Alexander Musykantskij, 2001–2004 Minister in der Moskauer Stadtregierung

Wenn man vergleicht, wie viele Ressourcen für die „Jukos-Affäre“ und wie viele für die Aufklärung des Geiseldramas im Musicaltheater aufgewendet wurden, dann werden die Prioritäten des Staates klar.

...

Tragödien wie Nord-Ost und Beslan bezeugen eine Besonderheit unserer Kultur – die Verschwendung von Menschen. Das menschliche Leben hat für uns keinen Eigenwert, wir sind bereit, eine riesige Menge von Menschen zu opfern. Das war so vor hundert und auch vor dreihundert Jahren, wie auch zur Zeit Iwans des Schrecklichen, als eine Woche lang Leichen den Wolchow hinab trieben, aber dafür das Ziel des Staates erreicht wurde, nämlich der Anschluss Nowgorods an Moskau. Heute verhält es sich ebenso: Wir haben einige hundert Menschen verloren, aber gezeigt, dass wir so nicht mit uns reden lassen.

Wir werden zur Einheit aufgerufen. Aber die Regierung muss sich ändern, damit man sich um sie vereinigen kann. Man kann sich hinter eine Regierung stellen, die mit ihren Bürgern wenigstens normal redet, und die transparent, verständlich und vorhersagbar ist. Um die heutige Regierung aber kann man sich nicht sammeln.

Übersetzung aller Texte aus dem Russischen: Matthias Neumann

The Economist, 11. September 2004, Seite 9–10

Selbst Kriege sind selten so grausam.

[...] Die Welt sollte dies anerkennen und bestätigen. Es ist jedoch wichtig, auch andere Lehren aus Beslan zu ziehen. Eine davon ist, dass die russischen Sicherheitskräfte Fehler gemacht haben, die vielleicht viele Menschenleben gekostet haben. Sie hatten weder die Gesamtzahl der Geiseln noch die der Terroristen festgestellt, sie taten zu wenig, um das Gebiet abzuriegeln und Rettungsdienste heranzuführen, sie ließen sogar zu, dass sich bewaffnete Zivilisten an der Belagerung beteiligten. Dies hat sie vielleicht in Zugzwang gebracht, als die Sprengladung der Terroristen explodierte. [...]

Die Sprache des Krieges kann eine Nation vereinen. Wie George Bush, der nach dem 11. September dem Terrorismus den Krieg erklärte, richtet Putin sein Land auf einen Kriegszustand ein. [...] Tatsächlich will er, dass „9/3“ (der 3. September 2004) als das „9/11“ (der 11. September 2001) Russlands gesehen wird.

Dies aber ist unredlich und könnte sogar gefährlich werden. Die tatsächlich bewiesenen Verbindungen zwischen tschetschenischen Terroristen und Al-Kaeda sind wenig an der Zahl und dünn. Nachrichtendienstliche Quellen bezweifeln, dass die „Islambuli-Brigaden“, die die Verantwortung für die zwei Flugzeugattentate vom letzten Monat übernommen haben, sie auch tatsächlich ausgeführt haben. Die Russen behaupten, dass zehn der Geiselnahmer in Beslan Araber gewesen sein könnten, aber außer undeutlichen Bildern und Geräuschen, die vielleicht arabisch sein könnten, sind keine Beweise vorgelegt worden. [...]

Regierungen, die in den Krieg ziehen, haben nicht nur die Pflicht, diesen Krieg auch zu gewinnen, sondern zu verhindern, dass weitere Kriege ausbrechen. Dies bedeutet, dass die eigentlichen Gründe für den Krieg verstanden werden müssen – was nicht gleichbedeutend damit ist, diese Gründe zu entschuldigen oder zu verzeihen. Wenn man die Verbindungen der Tschetschenen zu Al-Kaeda hervorstreicht, muss Putin nicht zugeben, dass es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten bei den terroristischen Bedrohungen gegen die USA und gegen Russland gibt. Der Dschihad von Al-Kaeda ist das Produkt von komplexen Faktoren in vielen Ländern, wobei die amerikanische Außenpolitik nur einer von vielen ist.

Russlands Konflikt in Tschetschenien dagegen ist hausgemacht, genährt in einer Republik, die durch den Kampf um die Macht systematisch zerstört worden ist. Russland hat versucht, die tschetschenischen Separatisten zu eliminieren, zuerst mit eigener militärischer Macht, in letzter Zeit durch die „Tschetschenisierung“ – das heißt, das Problem wird einem örtlichen Führer aufgehalst (der neueste glücklose Kandidat, Alu Alchanow, ist erst vor zwei Wochen bei manipulierten Wahlen eingesetzt worden). Das Ergebnis sind anarchische Zustände, wobei sowohl Soldaten wie Separatisten Unschuldige ungestraft entführen und ermorden.

Schläge gegen Rebellen, die sich in Nachbarrepubliken verstecken, führen nur dazu, dass dieser Zustand weiter verbreitet wird. [...]

Putin hat nach Beslan gesagt, dass „wir Schwäche gezeigt haben, und die Schwachen schlägt man“. Die Implikation dieses Statements ist, dass er jetzt noch härter in Tschetschenien durchgreifen wird. Dies wird nicht nur aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr Terrorismus provozieren, es lässt auch eine der Hauptantriebskräfte des Konfliktes außer Acht – Geld. Es passt gewissen Tschetschenen, insbesondere dem Kadyrow-Klan, der jetzt *de facto* die Republik kontrolliert, den Krieg weiter anzufachen, vor allem, da sie daran verdienen. Es passt auch vielen in Moskau, die Korruption, Schmuggel und Schlimmeres in Tschetschenien dulden und davon profitieren. Es passt auch einigen russischen Kommandeuren in Armee und Sicherheitsdiensten, die ihren Schnitt erhalten von tschetschenischen Ölbohrungen, Waffenverkäufen und den Bestechungsgeldern, die alle, auch die Terroristen, zahlen, um durch die Straßenkontrollen zu gelangen, die den Nordkaukasus übersähen. [...]

Russlands Konflikt [in Tschetschenien] hat vielleicht nicht mit ausländischen Terroristen angefangen, er hat ihnen aber Zündstoff für ihre eigenen Aktionen geliefert.

Dies bedeutet auch, dass westliche Regierungen ein Interesse an einer Beendigung des Konfliktes haben. Sie müssen auf jeden Fall weiterhin die Wahrheit sagen. Sie sollten den Russen als Opfer des Terrorismus Mitgefühl und Hilfe anbieten, nicht zuletzt durch bessere Ausbildung für die russischen Sicherheitskräfte. Auch nach Beslan sollte der Westen aber nicht stillschweigend die russischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien dulden, und er sollte Putin dazu drängen, gemäßigte Tschetschenen als Partner für einen Dialog zu suchen. Vielleicht könnte der Westen nach einer Weile eine aktivere Rolle im Nordkaukasus anstreben. Russland befindet sich in Tschetschenien in einer Sackgasse; es würde sich lohnen, westliche Angebote von Blauhelmen, Menschenrechtsbeobachtern, finanzieller oder anderer Hilfe zu machen, falls solche Angebote Russland helfen könnten, sich aus dieser Sackgasse wieder herauszumanövrieren.

Putin wird sich gegen „Einmischung“ von außen wehren; Russland braucht aber Hilfe in Tschetschenien. Das einzige, was noch tragischer als die Ereignisse des 3. Septembers wäre, wäre, dass Budjonnowsk, Moskau und jetzt Beslan sich wieder und wieder wiederholen würden.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Chronik

Vom 8. bis 16. September 2004

8.–9.9.2004	In Jekaterinburg greifen junge Leute drei armenische bzw. aserbajdschanische Cafés an. Sie zerschlagen das Mobilbar und werfen Molotowcocktails. Zwei Personen werden verletzt.
9.9.2004	Raschid Nurgalijew, der russische Innenminister, meldet dem Präsidenten, dass in allen 13 Föderationssubjekten des Nordkaukasus operative Gruppen eingesetzt worden seien, die die Tätigkeit der Sicherheitsstrukturen bei der Vorbeugung terroristischer Übergriffe koordinieren sollen.
9.9.2004	In einer Gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin und des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland Gerhard Schröder wird der Terrorismus verurteilt. Beide Länder wollen bei seiner Bekämpfung zusammenarbeiten.
9.–10.9.2004	In Hamburg findet eine Tagung des „Petersburger Dialogs“ statt, die Vertreter der russischen und der deutschen Zivilgesellschaft zusammenbringen soll.
9.9.2004	Präsident Putin ersetzt Leonid Dratschewskij als Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten im Sibirischen Föderalbezirk durch Anatolij Kwaschnin, den ehemaligen Generalstabschef.
10.9.2004	Sergej Mironow, der Vorsitzende des Föderationsrates, informiert Putin, dass der Föderationsrat zur Geiselnahme in Beslan eine Untersuchungskommission einsetzen wird. Der Präsident weist die Behörden an, mit der Kommission zusammenzuarbeiten.
10.9.2004	Magomed Tolbojew, Mitarbeiter eines Dumaabgeordneten, ehemaliger Kosmonaut und „Held von Russland“, wird von zwei Moskauer Polizisten kontrolliert und dann wegen seines nichtrussischen Aussehens beschimpft und geschlagen.
11.9.2004	Gründungskongress der „Allrussischen Kommunistischen Partei der Zukunft“ (VKPB). Wladimir Tichonow, der Gouverneur des Gebiets Iwanowo, wird zum Vorsitzenden des Politbüros gewählt.
12.9.2004	In Tschetschenien wird ein Armeehubschrauber abgeschossen. Dabei werden zwei Besatzungsmitglieder getötet.
12.9.2004	Präsident Putin verfügt die Absetzung des nordossetischen Innenministers Kasbek Dsantjiew und des Leiters des Inlandsgeheimdienstes FSB in Nordossetien, Walerij Andrejew.
13.9.2004	In einer erweiterten Kabinettsitzung, zu der auch die Gouverneure und Präsidenten der Föderationssubjekte („Regionen“) eingeladen waren, entwirft Putin ein Konzept zur Umgestaltung des politischen Systems. (Siehe dazu die Dokumentation in dieser Ausgabe.)
13.9.2004	Putin ernennt Dmitrij Kosak zum Präsidialbevollmächtigten im Südlichen Föderalbezirk an, in dessen Zuständigkeit der Nordkaukasus fällt. Kosak löst Wladimir Jakowlew ab, der den neugeschaffenen Posten eines Ministers für regionale Entwicklung übernimmt. Am 14.9. wird Sergej Naryschkin zum Nachfolger von Dmitrij Kosak ernannt. (Siehe dazu den Hintergrund in dieser Ausgabe.)
13.9.2004	Kommunalbedienstete in Petropawlowsk-Kamtschatskij treten in unbefristeten Streik, da sie seit mehreren Monaten keinen Lohn erhalten haben.
14.9.2004	Putin gibt bekannt, dass der Erdgasmonopolist Gazprom das in staatlicher Hand befindliche Mineralölunternehmen Rosneft kaufen wird. Für Rosneft erhält der Staat 10,7% der Gazprom-Anteile. Da bereits fast 40% der Gazprom-Aktien dem Staat gehören, verfügt er nach der Transaktion über die absolute Mehrheit an Gazprom.
15.9.2004	Auf dem GUS-Gipfel in Astan wird der russische Präsident Putin zum Vorsitzenden des Rats der Staatsoberhäupter der GUS gewählt.
16.9.2004	Nach einer Schätzung der Generalsekretärin der Internationalen Handelskammer in Russland, Tatjana Monegen, könnte die Kapitalflucht aus Russland in diesem Jahr auf bis zu 17 Milliarden Dollar steigen. Wesentliche Ursache hierfür sei die Jukos-Affäre.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de